

Ausbeutung hautnah

Das Geschäft mit der Billig-Kleidung aus Bangladesh

VON ARNO STOFFELS

Zwei Frauen aus Bangladesh reisen durch Deutschland, um auf ihre Ausbeutung durch deutsche Discounter aufmerksam zu machen. Das Medien-echo ist groß – und auch der Preis, den die junge Näherin Suma Sarker dafür vielleicht bezahlen muss.

BONN – Für ihre Arbeit hat sich nie jemand interessiert. Warum auch. Wie Suma Sarker schuftete Zehntausende Frauen in den Textilfabriken von Bangladesh. Bücken sich wie die 24-Jährige auf einem unbequemen Hocker in Reih und Glied. Müssen die fluchenden Vorarbeiter ertragen und die ständige Angst, einen Fehler zu machen.

Weil sie keine Wahl haben und genügend andere Schlange für ihren Job stehen, ertragen sie auch, dass es keine sanitären Anlagen, keine Kantine, kein frisches Wasser gibt und sie zwölf Stunden und mehr am Tag dem trockenen Staub der Stoffzuschnitte in den überhitzten Hallen ausgesetzt sind. Alles für ein wenig Geld, für ein wenig Unabhängigkeit und finanzielle Unterstützung für die Familie.

Wer in einer solchen Fabrik anfängt wie Suma vor acht Jahren, bekommt zwischen 18 und 24 Euro Lohn. Im Monat. Nach ein paar Jahren Hilfstätigkeiten, wie Fäden abschneiden, auf-räumen oder Stoffteile zwischen den Produktionsstraßen hin- und hertragen, wird es ein wenig mehr. Sumas Hände sind inzwischen flink. Sie kann Reißverschlüsse einnähen, sagt sie ein wenig stolz. Oder Taschen. Das war ihre letzte Arbeit. 80 bis 100 Taschen in der Stunde auf Hosen anbringen, über tausend am Tag. „Ich bekomme 29 Euro Grundlohn. Mit den Überstunden verdiene ich zwischen 45 und 50 Euro“, sagt Suma. Im Monat, natürlich.

Dafür könnte sie sich bei dem Textil-discounter im Bonner Stadtteil Endenich, in dem Suma zusammen mit Shahida Sarker steht, zum Beispiel vier oder fünf Jeans kaufen. Oder ein paar von den schwarzen Hosen mit den wei-

ßen Streifen, auf die sie vor ein paar Wochen in einer der unzähligen Fabriken rings um die bengalische Hauptstadt Dhaka „ihre“ Taschen angebracht hat. Sie erkennt ihre Nähte, ihrer Hände Arbeit. Und sie ärgert sich wie Shahida, die Vorsitzende der Textilarbeiter-Gewerkschaft „National Garments Workers Federation“, die zufällig denselben Nachnamen wie die junge Näherin Suma trägt. 4,99 Euro für eine Hose, zwei Euro für ein T-Shirt, ein Euro für ein paar Kinderstrümpfe, das sei zu wenig.

Studie dokumentiert das Leid

Das ist zu wenig, findet auch Gisela Burckhardt von der „Kampagne für saubere Kleidung“. Sie hat eine Studie dabei, in der viele kleine Zettelchen als Markierung kleben. So sind die Tabellen und Diagramme leichter zu finden, auf denen gezeigt wird, wie sich der Marktanteil der Discounter gegenüber dem Textilfachhandel in den letzten Jahren immer weiter gesteigert hat. Wie die Zahl der Billig-Anbieter größer geworden ist, die Deutschen gleichzeitig immer weniger Geld für ihre Kleidung ausgeben und auch, wie sich zum Beispiel der Preis für ein T-Shirt zusammensetzt.

Die Hälfte kassiert der Einzelhandel, 25 Prozent gehen in die Werbung, 13 Prozent sind Fabrikkosten und elf Prozent werden für Zölle, Steuern und Transport aufgewendet. Für das kärgliche Gehalt von Suma und ihren Kolleginnen bleibt ein Prozent. Das ist ein schlechter Witz und genügt auch in ihrem armen Land schon lange nicht mehr, um über die Runden zu kommen. 145 Millionen Menschen leben in Bangladesh, ein Viertel der Bevölkerung hungert. Wie überall auf der Welt sind die Lebensmittelpreise in den letzten Monaten explodiert. Die tägliche Portion Reis ist auf dem besten Weg, Luxusgut zu werden.

Deshalb sind Suma und Shahida hier. Seit fast drei Wochen reisen sie durch Deutschland und Österreich. Bald geht es noch nach Brüssel, wo sie



Hauptsache billig? Die Gewerkschafterin Shahida Sarker (links) und die 24-Jährige Suma finden überall in deutschen Discountern Ware aus Bangladesh, die dort unter ausbeuterischen Arbeitsbedingungen genäht wurde. Foto: Arno Stoffels

mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments und Vertreterinnen der EU-Kommission reden werden. Danach ist noch ein Abstecher nach Großbritannien geplant, um auch dort auf die Situation der Näherinnen aufmerksam zu machen. „Die Menschen in Europa sollen wissen, wo die billige Kleidung herkommt“, sagt die Gewerkschafterin Sahida Sarker.

Über die Geschichte von Suma soll den Konsumenten klargemacht werden, dass anderswo auf der Welt jemand bezahlen muss, wenn sie sich an der Kasse über niedrige Preise freuen. „Dabei geht es nicht um Boykott“, sagt Gisela Burckhardt. Auch sie weiß, dass Kleidung aus Bangladesh in Deutschland auch bei namhaften Markthändlern landet, wo das T-Shirt dann über 30 Euro kostet.

„Wir haben uns aber bewusst auf die Discounter konzentriert, weil sie seit Jahren den größten Preisdruck ausüben und so alle anderen zwingen, mitzumachen.“ Ob sich das ändern wird? Shahida ist davon überzeugt. Auch Burckhardt glaubt, dass durch die Aktion etwas ins Rollen kommt.

Die zierliche Suma mit dem kindlichen Gesicht, die gegen die Kälte in Deutschland eine grüne Strickjacke und eine Jeans unter ihrem traditionellen „Salwar Kameez“ angezogen hat, findet keine Antwort. Sie hat am meisten riskiert, durch ihre Kontakte zur Gewerkschaft und die Reise nach Europa ihren Job verloren. Sie sei eine gute Näherin und werde schnell wieder Arbeit finden, sagt sie mit fester Stimme. Doch zurück in Bangladesh

wird eine neue Stelle wohl nicht das einzige Problem für Suma sein.

Drei Wochen lang wollten Dutzende Journalisten ihre Geschichte hören. Auch an diesem Tag in Bonn warten drei Kamerateams aus Deutschland und Österreich, schicken sie immer wieder in den Discounter, um mit einer Hose zurückzukehren und diese vor die Linse zu halten. Ein Auftritt bei *Maybrit Illner* ist geplant.

Zurück in ihrer Heimat wird Suma wieder nur die 24-jährige Näherin sein, die mit 15 Jahren ohne Schulbildung vom Land in die Textilfabriken von Dhaka kam. „Ich hoffe, dass sie das alles verkraftet“, sagt Burckhardt.

Wenn nicht, wird Suma einen wirklich hohen Preis dafür zahlen müssen, dass der Handel seine Kleidung gerne billig produzieren lässt.

Steinmeier blieb hart

US-Wünsche für Georgien und die Ukraine abgewehrt

VON D. JUNKERS UND CHR. SATOR (beide dpa)

BRÜSSEL – Es hätte ein so bequemer Abschied werden können. Ein letzter Besuch bei den Nato-Kollegen in Brüssel – wohl wissend, dass diese längst damit begonnen haben, ihr Interesse auf die prominente Nachfolgerin Hillary Clinton zu verlagern. Aber Condoleezza Rice wäre nicht Condoleezza Rice, wenn sie es einfach haben wollte. Also brach die US-Außenministerin in ihren letzten Tagen im Amt noch einen handfesten Streit vom Zaun, wie es die Allianz mit dem Beitritt von Georgien und der Ukraine halten soll.

eher unangenehm. Immer wieder bekräftigte der SPD-Vizekanzler seither seine Sicht der Dinge: Es gebe „keinen Grund“, die bestehenden Beschlüsse neu aufzurollen.

Nach einigem Hin und Her zeichnete sich gestern ab, dass es – wie von Deutschland gewünscht – beim Aktionsplan bleibt. Im Gegenzug, so die vorläufige Verständigung, sollen die Kommissionen aufgewertet werden. Alles andere wäre wohl von Russland, das seine Sicherheitsinteressen in Gefahr sieht, als unfreundlicher Akt empfunden worden.

Moskau ist Dreh- und Angelpunkt der Strategie. Die Stimmung im Nato-Russland-Rat war schon eisig, bevor die Treffen nach dem Kaukasus-Krieg im August auf Eis gelegt wurden. Die Anerkennung des Kosovo, die konventionelle Abrüstung, die US-Pläne für eine Raketenabwehr in Mitteleuropa, die russischen Pläne für Kurzstreckenraketen in Kaliningrad – die Liste der Streitpunkte ist lang. Jetzt will die Nato immerhin mit Moskau sprechen; im Frühjahr 2009 soll dann wieder der gemeinsame Rat tagen.

Eklat vermieden

Mit der Wiederverständigung auf den Aktionsplan konnte ein Eklat nun gerade noch vermieden werden. Der britische Außenminister David Miliband bemühte dafür sogar seine Deutsch-Kenntnisse. Er warnte vor der Versuchung, eine „Sturm und Drang“-Phase innerhalb der Allianz loszutreten. Doch die Trennlinien sind deutlich: Während die osteuropäischen Mitgliedstaaten auf eine schnelle neue Ost-Erweiterung dringen, lehnen Deutschland und andere ein übereiltes Vorgehen ab.

Der künftige US-Präsident Barack Obama hat sich zu seinem künftigen Nato-Kurs noch nicht weiter geäußert. Spätestens im April wird er dazu Gelegenheit haben, wenn das Bündnis mit einem Doppel-Gipfel in Straßburg und Baden-Baden 60. Geburtstag feiert. Er dürfte an der Allianz aber weiter starkes Interesse haben. Nicht zuletzt, weil Nato-Soldaten in Afghanistan, einem Brennpunkt der amerikanischen Außenpolitik, gemeinsam im Einsatz sind. Der deutsche Außenminister wird dabei künftig mit Hillary Clinton zu tun haben. Steinmeier verwies bereits darauf, dass es auch mit Clinton „Diskussionsbedarf in vielen Dingen“ geben werde. Widerspruch erntete er dabei nicht.

Bürger stürmten Islands Zentralbank

Militanter Protest gegen Banken und Regierung – Auf der Insel explodieren die Schulden

VON THOMAS BORCHERT (dpa)

Der kollektive Schock für die Isländer nach dem Zusammenbruch der Banken und dem bedrohlich nahen Staatsbankrott weicht immer mehr Erbitterung. Jetzt kam es erstmals zu militanten Protesten.

REYKJAVIK – Dass Demonstranten eine Feier zum 90. Jahrestag der Staatsgründung in einen kleinen Sturm auf die Zentralbank umfunktionierten, gilt in der Hauptstadt erst als Anfang. „Das Aggressionspotenzial ist enorm. Die Leute sind zornig, dass ein ganzes Volk für das Roulettespiel von Bankern und die Tatenlosigkeit der Regierung bezahlen muss“, meint Gottskálk Jensson von der Universität Reykjavik.

Der Zorn der 320 000 Bürger auf der Atlantikinsel bekommt seit dem Zusammenbruch der drei größten Banken im Oktober täglich und reichlich neue Nahrung. Die Arbeitslosenzahlen explodieren. Viele Unternehmen können nichts mehr importieren, weil die isländische Krone als Zahlungsmittel fast wertlos geworden ist. Ministerpräsident Geir Haarde verlangt von den Ministern Sofort-Vorschläge für Ausgabenkürzungen um

zehn Prozent. Immer mehr Familien müssen ihre Wohnungen und Häuser räumen, weil sie die vervielfachten Kreditkosten in Auslandswährungen nicht tragen können. Geschäfte bieten ihr komplettes Sortiment im Weihnachtssortiment mit 50 Prozent Rabatt an, damit überhaupt jemand kauft. Junge Isländer müssen Auslandsstudien abbrechen, weil ihre heimischen Stipendien nichts mehr wert sind.

Das alles, weil die drei größten Banken Kaupthing, Landsbanki und Glitnir zusammen mit einer Handvoll „wagemutiger“ Finanz-Jongleure gigantische Auslandskredite zur Finanzierung ihrer Expansionsgelüste aufgenommen haben. Nach dem Zusammenbruch dieses Kartenhauses übersteigen die Schulden der drei Banken jetzt Islands Bruttonationalprodukt um mehr als das Zehnfache. Der Staat musste sie übernehmen. Vielen Isländern dämmert nach Boomjahren mit steigendem Wohlstand langsam, dass die Verschuldung ihres Landes vielleicht auf Generationen bleiben wird.

Dabei erleben vor kurzem noch wohlstuierte Mittelstandsbürger schon am eigenen Leib und als akute Existenzbedrohung, was da als Finanzsystem

zusammengekracht ist: Ihre Hauskredite sind an die Inflation gebunden und häufig in Euro oder anderen ausländischen Währungen berechnet. Bei einer Teuerungsrate von knapp unter 20 Prozent und dem freien Fall des Kronenkurses vervielfachen sich die Kreditkosten jetzt für Tausende. Gleichzeitig sind die Häuser auf dem Markt nichts mehr wert.

„Was wird die Mittelklasse politisch tun, wenn sie erkennt, dass sie ein Leben lang mit negativem Eigenkapital leben muss?“, fragt der Sparberater Ingólfur Ingólfsson. Er hat vergeblich bei der Regierung dafür geworben, umgehend die Inflationsbindung von Privatkrediten zu stoppen. Ohne schnelle Hilfe für die gebeutelten Normalbürger befürchtet Ingólfsson weit schlimmere Dauerschäden als eine Weile negatives Wirtschaftswachstum: „Wir verlieren die jungen Leute, wenn wir nichts gegen dieses verrückte Schuldensystem tun. Die werden verschwinden.“ Viele Bürger seien der täglich niederschmetternden Nachrichten so überdrüssig, dass sie Fernsehen, Radio und Zeitungen einfach ignorieren, berichtet Uni-Forscher Gottskálk Jensson.



Freundlich im Ton, hart in der Sache: Rice und Steinmeier. Foto: dpa

Ihre Forderung: Die beiden ehemaligen Sowjetrepubliken sollten in das 26er-Bündnis aufgenommen werden, ohne zuvor den „Aktionsplan für die Mitgliedschaft“ (MAP) durchlaufen zu müssen. Rice wollte das Verfahren in zwei bereits bestehende Kommissionen verlagern und damit beschleunigen. Dabei war der Beschluss des jüngsten Nato-Gipfels vom April unmissverständlich: Beitritt ja, aber erst irgendwann und in geregelter Verfahren. Und nur, wenn sich alle einig sind. Durch Kaukasus-Krieg und innenpolitische Querelen in der Ukraine wurde seither immer klarer, dass da noch Jahre ins Land gehen werden.

Der Vorstoß kam für die meisten Nato-Partner deshalb einigermäßen überraschend. Wenn Tiflis und Kiew schon die grundsätzliche Zusage haben, was könnte die US-Außenministerin damit bezwecken, das ohnehin wacklige Verteidigungsbündnis in Aufruhr zu versetzen? Als Rice vergangene Woche beim Kollegen Frank-Walter Steinmeier anrief, um für ihr Vorhaben zu werben, verlief das Gespräch



„Die Leute sind zornig“: Erst zogen Demonstranten durch die Straßen von Reykjavik, um gegen die Verantwortungslosigkeit von Bankern zu protestieren, dann setzten sie zum Sturm auf das zentrale isländische Geldinstitut an. Foto: AP